

Infobrief Nr. 28/2018 vom 16.07.2018, 17. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Europäische Asylpolitik

"Nicht Europa hat versagt, sondern die Mitgliedstaaten"

Dass die europäische Asyl- und Migrationspolitik nicht vorankommt, liegt an der Zerstrittenheit der EU-Mitgliedsländer. Wir EU-Abgeordneten haben schon vor langer Zeit eine Reform des Asylrechtssystems auf den Weg gebracht – und uns mehrheitlich geeinigt!

Was jetzt noch fehlt, ist die Zustimmung des Ministerrats (also der zuständigen 28 Minister der EU-Länder), ohne die wir kein neues Gesetz verabschieden können. Ich muss es an dieser Stelle leider noch einmal deutlich aussprechen: In der Flüchtlingskrise hat nicht Europa versagt, sondern die Mitgliedstaaten! Viele Lösungsvorschläge liegen schon lange auf dem Tisch. Die innenpolitische Diskussion in Deutschland erweckt jedoch den Eindruck, dass Probleme wie die unerlaubte Weiterreise registrierter Asylbewerber in andere Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene noch gar nicht besprochen worden sind. Tatsächlich enthält die von uns angestrebte Asylrechtsreform jedoch viele Regeln, die solche "Sekundärmigration" deutlich erschweren würden. Die von uns angepeilte Angleichung der Aufnahme- und Unterbringungsstandards, der Beurteilungskriterien für die Schutzbedürftigkeit sowie der Bearbeitungszeiten würde Asylbewerbern den Anreiz nehmen, in andere EU-Staaten weiterzureisen. Strafen oder beschleunigte Verfahren im Fall von unbegründeten Anträgen, falschen

Angaben oder Regelverstößen würden zudem viele von einer irregulären Einreise in die EU abhalten. Es wird nun Zeit, dass der Rat wenigstens die unstrittigen EU-Gesetze beschließt!

Aber auch zu unserem Vorschlag, dass das Einreiseland künftig nicht mehr automatisch für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständig ist und alle EU-Länder ihren Anteil bei der Aufnahme von Asylbewerbern leisten sollte, muss das Gremium nun endlich einmal zu Potte kommen! Wir im EU-Parlament haben uns bereits im November 2017 mehrheitlich auf eine Reform der sogenannten Dublin-Regeln geeinigt. Leider gibt es immer wieder diesbezügliche Falschmeldungen, in denen behauptet wird, dass Deutschland die Hauptlast trägt. Das ist schlechthin falsch!

Warum bringen die Minister der EU-Länder nicht auch eine Diskussionsgrundlage zustande? Wenn der Rat seine Meinung nicht kundtut, wie sollen wir dann je mit den Verhandlungen überhaupt beginnen? Und übrigens: Trotz vieler Blockaden im Ministerrat haben die gemeinsamen Bemühungen auf EU-Ebene schon Früchte getragen. Kamen 2015 noch 1,5 Millionen Migranten übers Mittelmeer, so waren es 2017 nur noch 150.000. Das geht nicht zuletzt auf die von Angela Merkel vorangetriebenen Maßnahmen wie EU-Türkei-Abkommen, Nato-Mission im Mittelmeer sowie die bessere Zusammenarbeit mit den Ländern Nordafrikas zurück.

Kostenlose Interrail-Tickets: Auch ich will, dass die Ausgabe von kostenlosen Interrail-Tickets für 18-Jährige ab 2021 dauerhaft im Programm Erasmus+ verankert wird! Für die vom EU-Parlament auf den Weg gebrachte Initiative "Discover EU" sollen im Zeitraum 2021-2027 insgesamt 700 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit wird für 1,5 Millionen junge Menschen eine einzigartige Gelegenheit geschaffen, das Kulturerbe und die Vielfalt Europas zu entdecken.

Aus dem Europäischen Parlament

Ausstellungseröffnung "PS LetMEbe" in Brüssel

"Nur ein regelmäßiger, aktiver Austausch kann Verständnis schaffen"

Letzte Woche habe ich gemeinsam mit meinem niederländischen Kollegen Lambert van Nistelrooij die von uns initiierte und von PRISMA erarbeitete Foto-Ausstellung "PS LetMebe" im Brüsseler Parlamentsgebäude eröffnet.

Die Bilder zeigen die ganz eigene Perspektive von Menschen mit Behinderung auf ihr tägliches Leben und ihre Umwelt. Und sie geben uns eine klare Vorstellung davon, was verbessert werden muss. Als Mitglied des Europäischen Parlaments setze ich mich seit 1994 für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Ich habe unter anderem eine fraktionsübergreifende Gruppe mitbegründet, die sich speziell mit diesem Thema beschäftigt. Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Behinderung in gleicher Weise wie andere in die Gesellschaft integriert werden. Ich bin stolz auf das, was wir bereits erreicht haben. Aber ich weiß auch, dass es noch ein weiter Weg ist, um die Gleichstellung in allen Bereichen zu erreichen.

Eines meiner Ziele ist es, dass Menschen mit Behinderung spontan reisen können. Derzeit müssen zum Beispiel bei Bahnreisen in vielen Ländern Assistenzdienste nicht nur mehrere Stunden, sondern manchmal sogar

mehrere Tage vor Reiseantritt angefordert werden. Hier gibt es eindeutig einen Verbesserungsbedarf! Als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr konzentriere ich mich daher auf die Förderung barrierefreier Buchungen und



Reisen. Um die bestehenden Hürden abzubauen, arbeite ich eng mit den Betroffenen und deren Verbänden zusammen. Ich bin der festen Überzeugung, dass nur ein regelmäßiger, aktiver Austausch Verständnis für die Belange von Menschen mit Behinderung schaffen und zu nachhaltigen Lösungen führen kann.

EU-Kommission hat öffentliche Konsultation zur Abschaffung der Zeitumstellung gestartet

Was meinen Sie: Soll die Sommerzeit beibehalten werden?

Die Europäische Kommission hat auf die (unter anderem von mir) ins Rollen gebrachte Initiative reagiert und eine öffentliche Konsultation zur EU-Sommerzeitregelung eingeleitet. Sie fordert die Bürgerinnen und Bürger der EU sowie Interessengruppen auf, ihre Ansichten zur Zeitumstellung in einem Online-Fragebogen zu äußern. Die Konsultation ist Teil einer Überprüfung der EU-Sommerzeitrichtlinie, die die Kommission kürzlich eingeleitet hat, um zu bewerten, ob die Vorschriften geändert werden sollten oder nicht. Sie können jetzt darüber abstimmen!

Das Europaparlament hatte die EU-Kommission im Februar in einer Entschließung aufgefordert, die entsprechende Richtlinie zu prüfen. Meine Forderung, die Zeitumstellung sofort abzuschaffen, hatten die Kollegen damals

leider mehrheitlich abgelehnt. Umso wichtiger ist es nun, dass Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, jetzt Ihre Meinung kundtun! Sie können dies bis zum 16. August tun.

Mit der Bürgerbefragung will die Behörde evaluieren, ob die Sommerzeitregelung für alle Mitgliedstaaten unverändert bleiben soll oder ob sie für die gesamte EU abgeschafft werden sollte. So will sich die EU-Kommission ein Bild davon verschaffen, ob die Mehrheit der europäischen Bürger für oder gegen die Zeitumstellung ist. Die Teilnehmer können auch angeben, ob sie im Fall einer Abschaffung die Winter- oder die Sommerzeit bevorzugen. Der Fragebogen ist auf Deutsch verfügbar. Sie finden ihn unter: https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2018-summertime-arrangements?survey/anguage=DE

Aus meinem Wahlkreis

Förderrichtlinie zur Entwicklung ländlicher Räume erweitert

Jetzt auch Unterstützung für Dorfläden und Kleinstunternehmen

Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat die Förderrichtlinie zur Integrierten Ländlichen Entwicklung neugefasst.

Mit dem Instrument, dem auch das EU-Programm LEADER angegliedert ist, unterstützt Thüringen die Entwicklung der ländlichen Räume des Freistaats. Im Fokus stehen dabei der Ausbau öffentlicher Leistungen wie Bildung, Gesundheit und der Nahverkehr. Mit der Neufassung können nun auch Kleinstunternehmen und Dorfläden auf dem Land gefördert werden. Ziel ist es, die Grundversorgung der Menschen in den ländlichen Regionen weiter zu verbessern und somit nachhaltig für gute Lebens-, Wohnund Arbeitsverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen.

Die nun förderfähigen "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen" erweitern das Förderspektrum der Dorferneuerung. Das Land unterstützt den Kauf, die Errichtung und den Umbau von Gebäuden, den Innenausbau sowie den erforderlichen Grundstückserwerb für Projekte, die dem gemeinschaftlichen Zweck dienen und die Versorgungslage der Gemeinde verbessern. Das zweite neue Förderprogramm unterstützt Kleinstunternehmen bei Investitionen in Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen. Die Förderung können Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit bis zu zehn Mitarbeitern und einem Jahresumsatz unter zwei Millionen Euro beantragen. Weitere Informationen finden sie auf dieser Website:

http://www.thueringen.de/ILE

Mein Tipp für Thüringer Organisationen: der Weihnachtsmarkt im Europäischen Parlament

"Ich unterstütze Sie gern bei der Bewerbung für einen Verkaufsstand!"

Ihr Verein setzt sich für soziale und humanitäre Zwecke ein? Und Sie wollen mit einem Weihnachtsmarkt-Stand Geld für diese Zwecke einsammeln? Warum kommen Sie dieses Jahr damit nicht ins EU-Parlament? Ich unterstütze Sie gern dabei!

Erfahrungsgemäß läuft der "Umsatz" bei uns sehr gut. Als Mitglied des Europäischen Parlaments darf ich jedes Jahr eine Wohltätigkeitseinrichtung für die vom Parlament am Jahresende an seinen drei Arbeitsorten veranstalteten Verkäufe für wohltätige Zwecke vorschlagen.

Ich würde mich freuen, wenn ich einen Thüringer Verein auf die Liste der Empfehlungen setzen könnte! Aus dieser Liste wählen dann die zuständigen Quästoren des Parlaments die Organisationen aus, die sich am Weihnachtsmarkt in unseren Gebäuden in Brüssel, Straßburg oder

Luxemburg beteiligen dürfen. Die Wohltätigkeitseinrichtung muss eine Organisation ohne Erwerbszweck mit Sitz in einem EU-Mitgliedsstaat sein und sich für soziale oder humanitäre Belange engagieren. Das Parlament stellt die benötigten Möbel (Tische, Stühle und Schautafeln) für die zwei Tage, an denen der Verein an den Verkäufen teilnimmt, kostenlos zur Verfügung. Der Verkauf von Speisen und Getränken ist streng verboten. In Brüssel und Luxemburg finden die Märkte in der Woche vom 3. bis 6. Dezember (vor der Plenartagung) und in Straßburg vom 10. bis 13. Dezember während der Plenartagung statt.

Wenn Sie sich von dem Angebot angesprochen fühlen, freue ich mich auf Rückmeldungen bis zum 5. September! Bitte senden Sie mir dazu eine kurze Beschreibung der Dinge, die Sie verkaufen möchten, eine Liste der benötigten Möbel sowie eine Kopie Ihrer Satzung zu.

Mittelstandsbörse Italien: Die Mittelstandsbörse Italien findet vom 17. bis 19. September in Mailand statt und bietet Unternehmen aus Thüringen die Möglichkeit, kostengünstig Geschäftskontakte zu knüpfen und sich über Chancen auf dem italienischen Markt zu informieren. Im Vorfeld werden die Besonderheiten der zu vermarktenden Produkte oder Dienstleistungen individuell mit jedem Teilnehmer erarbeitet sowie die Markteintrittsstrategie und das Anforderungsprofil der italienischen Geschäftspartner definiert. Mehr Infos unter: https://bit.ly/2JcUKUp



Service und Termine

🖈 Aktuelle Ausschreibungen: EU-Sportförderung

Zurzeit laufen zwei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Bereich der EU-Sportförderung. Dabei geht es um die Förderung europäischer Werte durch Sportinitiativen auf kommunaler Ebene sowie um den Austausch und die Mobilität im Sport. Die Maßnahmen dürfen nicht vor dem 1. Januar 2019 oder nach dem 31. März 2019 beginnen. Sie müssen bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen werden. Die Projektlaufzeit beträgt mindestens sechs Monate. Einreichefrist für beide Programme ist der 26. Juli. Mehr Informationen finden Sie hier: https://bit.ly/2tpc0zM sowie https://bit.ly/2M9BdpH

* Fotowettbewerb der Europäischen Umweltagentur

Die Europäische Umweltagentur (EUA) will mit einem "WaterPIX"-Fotowettbewerb mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Wasser als Quell allen Lebens auf der Erde lenken. Bis zum 15. August können Europäer ab 18 Jahren Aufnahmen einsenden, die Wasser, seinen vielseitigen Nutzen und mögliche Gefahren zeigen. Je 1.000 Euro winken den Gewinnern in den drei ausgeschriebenen Kategorien "Wasser und Mensch", "Wasser und Natur" und "Wasser und Wirtschaft". Die EUA verleiht auch einen Jugendpreis für das beste Foto eines Teilnehmers zwischen 18 und 24 Jahren und einen Publikumspreis, über den im Internet abgestimmt werden soll. Mehr Infos unter: https://bit.ly/2rlfJhC

* Konsultation zur Ozonverordnung

Die Auswirkungen der europäischen Ozonverordnung werden hinterfragt. Insbesondere geht es um Meinungen, wie und warum einzelne Maßnahmen der Verordnung die erwarteten Ergebnisse erbracht beziehungsweise nicht erbracht haben und um Erfahrungen im Hinblick auf Kosten und Nutzen der Vorschriften. Die Ozonverordnung von 2009 regelt nicht nur die Produktion und den Verbrauch, sondern verbietet auch die Verwendung ozo-

nabbauender Stoffe sowie die Einfuhr, die Ausfuhr, das Inverkehrbringen, die Rückgewinnung, das Recycling, die Aufarbeitung und die Zerstörung von ozonabbauenden Stoffen. Stellungnahmen sind bis 24. August möglich unter: https://bit.ly/2HJCSQ6

MEDIA-Aufruf "Automatische Verleihförderung"

Film-Verleiher können ab sofort Anträge für die automatische Verleihförderung von MEDIA einreichen. Grundlage für die EU-Förderung sind die im Jahr 2017 verkauften Tickets für nicht-nationale europäische Filme, die ab 2014 fertiggestellt wurden. Die Referenzgelder können in Koproduktionen, Minimumgarantien oder P&A-Kosten europäischer Filme reinvestiert werden. Das Gesamtbudget der Automatischen Verleihförderung beträgt 19 Millionen Euro. Bis zum 12. September können deutsche Verleiher, die 2017 nicht-nationale europäische Filme in die Kinos gebracht haben, ihre Förderanträge in Brüssel einreichen. Mehr Infos unter: https://bit.ly/2NalyG9

* Baltic Sea Contact 2018 in Danzig

Vertreter von Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftlichen Strukturen wie Partnerschaftsvereinen, Gedenkstätten oder NGOs aus Dänemark, Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland, Deutschland und Polen sind eingeladen, am Seminar "Making Waves" vom 9. bis 11. Oktober in der polnischen Hafenstadt Danzig teilzunehmen. Es wird neben dem Kennenlernen potentieller Partner Beispiele geförderter Projekte, Darstellung von Fördermöglichkeiten durch das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (EfBB) auch eine öffentliche Podiumsdiskussion beinhalten. Die Kontaktstelle EfBB bezuschusst die Teilnahme von bis zu fünf deutschen Teilnehmern und bietet bei Bedarf eine Ko-Finanzierung für die Kosten für Unterkunft und Verpflegung an. Die Teilnahmegebühr für das Seminar beträgt 100 Euro pro Person. Mehr Infos finden Sie hier: https://bit.ly/2KOiRyh

Seite 4 von 4 Ausgabe 28 / 16.07.2018

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP Europabüro Frauenplan 8 99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07 Fax 03643 50 10 71 www.europaabgeordneter.eu info@europaabgeordneter.eu www.facebook.com/europaabgeordneter



